

Einsichten und Perspektiven

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



Bayerische
Landeszentrale
für politische
Bildungsarbeit

[Startseite](#)[Archiv](#)[Suchen](#)[Impressum](#)[Landeszentrale](#) **Einsichten und Perspektiven 04/2007**

[Inhalt](#)

[Hans-Peter Schwarz](#)

[Reformrhetorik auf dem Wohlstandsarchipel? Westdeutsche Koordinaten nach Adenauer](#)

[Peter März](#)

[Vom Beamten zum Staatsoberhaupt. Reflexionen zu Karl Carstens](#)

[Eckart Dietzfelbinger und Hans-Christian Täubrich](#)

[Der Schwurgerichtssaal 600. Vom Welt-Gericht zum Erinnerungsort](#)

[Eckhard Jesse](#)

[„Die“ Biographie über Rudolf Augstein](#)

[Elke Thiel](#)

[„Wie finden Sie es bei uns, in Rumänien?“ - Als Gastprofessorin in Cluj-Napoca / Klausenburg](#)

Vom Beamten zum Staatsoberhaupt

Reflexionen zu Karl Carstens¹⁾

Von Peter März

Adenauers erster Stab – noch ohne Carstens

„In diesem engsten Kreise fanden sich keine Politiker, keine politisch profilierten Persönlichkeiten; [...] der Bundeskanzler (Konrad Adenauer, P.M.) umgab sich mit Verwaltungsjuristen und Professoren, also mit reinen Fachleuten, die politisch ohnmächtig waren, da sie keinen Verband, keine Gruppierung in den Regierungsparteien hinter sich hatten.“²⁾ Derart lapidar beschreibt Arnulf Baring in seinem Standardwerk „Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie“ die gewissermaßen herrschaftssoziologische Positionierung der unmittelbaren Berater- und Mitarbeitergruppe des ersten Bundeskanzlers, zunächst auch für die Außenpolitik bzw. die zwischenstaatlichen Beziehungen – man ist ja Anfang der fünfziger Jahre noch nicht souverän – im Kanzleramt selbst. Danach folgt mit der Wiederbegründung des Auswärtigen Amtes eine Art Aufteilung. Manche, die weiterhin Adenauers besonderes Vertrauen genießen, sollen den seit 1955 ersten eigenen Außenminister der Bundesrepublik, Heinrich von Brentano – der Kanzler selbst hat das Amt seit 1951 zunächst mitverwaltet –, beaufsichtigen. Adenauer traut ihm nicht so recht: Brentano erscheint ihm nicht hart und auch nicht immer genug auf Linie.

Die erste Generation der Spitzenadministratoren um Adenauer ist nicht sehr groß und in ihrer geringen Zahl zugleich so etwas wie ein eigenes Korps.



Die meisten des weiteren Kreises für den Bereich der Außenpolitik sind ehemalige Diplomaten aus der „Wilhelmstraße“, dem früheren Auswärtigen Amt von der Zeit Bismarcks bis in die Tage der NS-Barbarei unter dem Karriere-Nationalsozialisten Joachim von Ribbentrop.



Karl Carstens, 1960, Staatssekretär im Auswärtigen Amt
Foto: ullstein bildrtitel

Nur einer unter Adenauers engsten Beratern und Vertrauten – Hans Globke – firmiert ganz überwiegend als Mann der Innenpolitik. Globke, eigentlich Mann des katholischen Zentrums, nach 1933 im Reichsinnenministerium verblieben, ist bis heute als Wahl des ersten Bundeskanzlers ein Rätsel, und dies trotz seiner ungewöhnlichen administrativen Kompetenzen. Denn auch aus der Rückschau von nunmehr fast sechs Jahrzehnten kann doch nichts den Makel ungeschehen machen, dass dieser, mit welchen Intentionen auch immer, Co-Komentator jener Nürnberger Gesetze gewesen war, die die deutschen Juden ihres gleichrangigen Staatsbürgerstatus beraubt und als Menschen diskriminiert hatten. Selbst wenn Globke zwar um eine ‚defensive‘ Interpretation der Nürnberger Gesetze bemüht gewesen sein sollte und hinter den Kulissen des Amtes mancherlei Hilfen und verdeckte Kommunikationen für den Deutschen Episkopat geleistet hatte,³⁾ bleibt doch immer noch die Frage, ob Adenauer für die administrative Leitung des Kanzleramtes wirklich keine Alternative besaß. Zwei der wichtigsten Akteure um Adenauer kommen von der Universität und widerlegen wenigstens ansatzweise die These, dass mit Professoren in exekutiven Spitzenverwendungen wenig anzufangen ist. Zu nennen ist an erster Stelle der Frankfurter Professor für Bürgerliches Recht, in der frühen Nachkriegszeit dann auch für Völkerrecht, Walter Hallstein, seit August 1950 im Bundeskanzleramt Staatssekretär für die dort noch ressortierenden zwischenstaatlichen Angelegenheiten, dann 1951 erster Staatssekretär im Auswärtigen Amt, seit 1958 erster Präsident der Kommission der damals noch so heißen EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) in Brüssel – insofern also Urahn des heutigen Kommissionspräsidenten José Manuel Durão Barroso.



Spitzenbeamte um Adenauer (v.l.n.r.): Fritz vonTwardowski, Baron Herwarth von Bittenfeld, Ministerialdirigent Herbert Blankenhorn, Adenauer und Staatssekretär Prof. Walter Hallstein
Foto: SV Bilderdienst

Hallstein ist ein deduktiv exzellent arbeitender Jurist; was ihm abgeht, ist die politische Geschmeidigkeit. Den Kalten Krieg will er wie eine Art Rechtskonflikt führen. Als Kommissionspräsident, der über supranationale normative Vorgaben zu den Vereinigten Staaten von Europa gelangen will, gerät er sehr bald mit dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle und dessen Konzept vom „Europa der Vaterländer“ in Konflikt. „Professor“ ist auch Wilhelm Grewe, im Zweiten Weltkrieg als Völkerrechtler habilitiert, Verhandlungsführer in all den Auseinandersetzungen, die zu den Pariser Verträgen von 1955 führten und danach bis 1971 in diplomatischen Positionen.⁴⁾



Walter Hallstein
Foto: ullstein bild

Zwei der zentralen Figuren aus dieser frühen Zeit haben eine ganz andere Sozialisation, entstammen dem alten Auswärtigen Amt: Der eine ist Hans-Heinrich Herwarth von Bittenfeld, zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 – eine Woche vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Europa – als Delegationssekretär an der Deutschen Botschaft in Moskau tätig. Herwarth informiert ihm befreundete amerikanische Diplomaten vor Ort über das, was eigentlich gespielt wird, vor allem über den Kern der

Vereinbarung zwischen den beiden Diktaturen, die vierte Teilung Polens. An diese Beziehungen kann er unmittelbar bei Kriegsende anknüpfen. Herwarth ist 1949 Ministerialrat in der Bayerischen Staatskanzlei, geht von dort in das neue Bundeskanzleramt, leitet im Auswärtigen Amt das Protokoll und wird 1955 Botschafter in London.

Eine noch sehr viel bedeutungsvollere Rolle in der Nachkriegszeit spielt ohne Zweifel Herbert Blankenhorn.⁵⁾ Ähnlich Herwarth hatte Blankenhorn Beziehungen zu den Amerikanern, die noch auf die Vorkriegszeit zurückgingen: Er war von 1935 bis 1939 an der Deutschen Botschaft in Washington, während des Krieges zunächst an der Deutschen Botschaft in der Schweiz, dann im Auswärtigen Amt selbst tätig. Hier geriet er in immer engeren Kontakt zum Widerstand, zum Kreisauer Kreis und – was den außenpolitischen Apparat anlangt – vor allem zu Adam Trott zu Solz, der ihn eine Woche vor dem Attentat vom 20. Juli 1944 für seine künftige Rolle im Auswärtigen Amt instruierte. „Schenkt man dem Erinnerungsvermögen von Marie Wassiltschikow Glauben, hatten sich Blankenhorn und von Trott zu Solz zum letzten Mal am 21. Juli 1944 im Grunewald gesehen.“⁶⁾ Blankenhorn hatte von Trott zu Solz gefragt, ob er alle Unterlagen vernichtet habe. Trott bestätigte dies. Zwei Tage später wurde er verhaftet und am 26. August 1944 in Berlin-Plötzensee erhängt. Blankenhorns Bild ist freilich vielschichtiger als das des Diplomaten aus dem Auswärtigen Amt mit Beziehungen zum Widerstand: Er machte nach dem Krieg sehr schnell politische Karriere und zwar unmittelbar parteipolitische Karriere, zuletzt als Generalsekretär der CDU in der britischen Zone unter deren damaligem Vorsitzenden Konrad Adenauer. Er war dann eine Art Chefberater des ersten Bundeskanzlers, naturgemäß vor allem in auswärtigen Angelegenheiten, und ab 1951 im Auswärtigen Amt der zweite Mann hinter Walter Hallstein. Hier zog er sich vielfache Vorwürfe zu, in viel zu großer Zahl und viel zu unkritisch Diplomaten von ehemals übernommen zu haben. Am 24. Oktober 1951 wurde ein Untersuchungsausschuss des Bundestages eingesetzt, der prüfen sollte – und hier galt Blankenhorn als Spinne im Netz –, ob eindeutig unbelastete frühere Diplomaten bzw. andere kompetente Bewerber vom Auswärtigen Dienst ferngehalten worden seien, hingegen kontaminierte Seilschaften von ehemals den diplomatischen Dienst in hohem Maße wieder prägten. Am Ende wurde Blankenhorn weitgehend entlastet; dass es gleichwohl zu personellen Kontinuitäten über das funktional unabdingbare Maß hinaus gekommen war, lässt sich nach dem heutigen Forschungsstand schwerlich mehr bestreiten. Blankenhorn war dann bei den großen Konferenzen der Nachkriegszeit präsent, 1954 in London, als es um den NATO-Beitritt der Bundesrepublik ging, 1955 in Genf und im selben Jahr bei Adenauers spektakulärem Besuch in Moskau.



Herbert Blankenhorn mit Konrad Adenauer
Foto: ullstein bild

Bedingungen einer Biografie

Als sich Mitte der fünfziger Jahre mit dem Aufstieg der Bundesrepublik für ihre Chefdiplomaten und –beamten neuen Perspektiven ergeben, betritt ein weiterer die Bühne des Auswärtigen Amtes, den auch eine ungewöhnliche Vorgeschichte auszeichnet, und der wie Grewe und Hallstein nicht von der Pike auf den Vorbereitungsdienst des Auswärtigen Amtes geleistet und die untersten Chargen absolviert hat: Karl Carstens.

Von allen hier skizzierten Akteuren unterscheidet ihn aber noch etwas anderes. Er wird nicht Beamter bleiben, sondern ab 1973 in die erste Linie der westdeutschen Politik eintreten, Oppositionsführer im Bundestag werden, Parlamentspräsident und schließlich für fünf Jahre, von 1979 bis 1984, als Bundespräsident Erster Mann im Staat sein. Der Nichtfachmann wird heute von Carstens nicht mehr allzu viel in Erinnerung haben: norddeutsch, nicht eben schenkelklopfend, korrekt, freundlich-distanziert, mit einer Ärztin verheiratet, die viel zur Popularisierung der Naturheilkunde unternahm, und dazu und vor allem der wandernde Bundespräsident, im damals noch geteilten Land auf den Westen beschränkt und daher die Nord-Süd-Verbindung von Schleswig-Holstein bis Bayern bevorzugend.

Der Leser der hier anzuzeigenden Biografie von Tim Szatkowski (vgl. Anm. 1) erfährt naturgemäß eine ganze Menge mehr, wenn es auch manchmal doch noch intensiver ins Detail gehen könnte. Möglicherweise macht sich hier der von Verlagen wie Herausgebern, letztere haben zugleich selbst in ihren jüngeren Jahren oft die klassisch dicken Bücher geschrieben, heute ausgeübte Druck bemerkbar, sich im Medienzeitalter möglichst unterhalb von 500 Seiten zu halten. Das kann ein Vorteil, aber auch ein Nachteil sein: Die großen mehrbändigen Biografien von Hans-Peter Schwarz über Adenauer, von Otto Pflanze über Bismarck, um nur zwei Beispiele zu nennen, könnte man sich auf ein Drittel reduziert gar nicht vorstellen. Hier sei die These gewagt, dass bei der Biografie die, dazu oft noch multiperspektivische, Schilderung des erhellenden Details, stilistischer Glanz und skrupulös durchdringende reflexive Betrachtung oft in einer sehr sinnvollen Beziehung zueinander stehen. Dieses Zusammenspiel verlangt Raum für den ‚Erzähler‘.

Und warum soll nicht auch in der wissenschaftlichen Biographie erzählt werden? Die in den letzten Jahren erschienenen Biografien über zwei prominente Zeitgenossen von Karl Carstens aus dem CDU-Bereich, von Philipp Gassert über Kurt Georg Kiesinger⁷⁾ und von Torsten Oppelland über Gerhard Schröder,⁸⁾ bewegen sich jedenfalls in der Dimension von 800 Seiten und das tut ihrem Duktus gut. Bei Szatkowski ist es deutlich weniger Text. Nun mag der Privatmann Carstens kein so sehr lohnendes Thema gewesen sein, aber die Zeit



seines öffentlichen Wirkens währte doch, knapp gerechnet, rund drei Jahrzehnte, von der Bestellung als Bevollmächtigter des Landes Bremen beim Bund 1949 über die Tätigkeiten im Auswärtigen Amt, im Verteidigungsministerium und im Bundeskanzleramt bis zu den schon genannten politischen Funktionen. Hinzu kommen die unverzichtbaren Fragen nach den Vorgeschiedten: juristische Examina, Reserveoffizier im Zweiten Weltkrieg, Verhältnis zur NS-Diktatur sowie die Frage nach der Parallelität zu den dienstlichen Funktionen mit großer Disziplin aufgebauten und lange durchgehaltenen wissenschaftlichen Laufbahn.

Auch hier gibt es Parallelen zu anderen prominenten Namen in der Nachkriegszeit: Nicht nur Wilhelm Grewe, sondern, auf der sozialdemokratischen Seite, Carlo Schmid ist hier zu nennen: Völkerrechtler und Privatdozent in der Vorkriegszeit, seit 1953 Inhaber eines Lehrstuhls für politische Wissenschaften an der Universität Frankfurt.⁹⁾ Beamter, Politiker, Wissenschaftler – diese Trias lassen Hektik und Medienwelt von heute in einer Person substanzreich, d.h. nicht einfach nur als Titeldekor, schwerlich mehr zur Entfaltung gelangen.

Carstens' Anfänge

Karl Carstens baut seine Karriere anders auf. Wissenschaft ist zunächst kein Thema. Er stammt aus dem Bremer Bildungsbürgertum, wird am 14. Dezember 1914, also ein Vierteljahr nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, geboren. Er studiert Jura, macht die in Deutschland unabdingbaren beiden Staatsexamina, wird 1937 mit einem Thema aus dem Privatrecht promoviert. Diese Akzentsetzung ist nicht Zufall. Zwar tritt er im selben Jahr, weil er sonst überhaupt kein Fortkommen sieht, der NSDAP bei. Aber die juristischen Schwerpunkte setzt er bewusst so, dass Grundlagen für eine Tätigkeit als Anwalt, nicht im Staatsdienst gelegt werden. Staatsdienst unter den Bedingungen des „Dritten Reiches“ – dazu geht er auf Distanz. Den Zweiten Weltkrieg macht er, schließlich als Reserveoffizier, bei der Flak mit – die Parallelen zu dem Hanseaten Helmut Schmidt wie auch zu dem Münchner Franz Josef Strauß sind hier offenkundig, allerdings: Strauß und Schmidt sind an der Front im Einsatz, Carstens nicht. Unmittelbar nach dem Krieg eröffnet er eine Anwaltskanzlei in Bremen und erst dann, nach einigen Jahren, beginnen die Besonderheiten:

1948/49 studiert er für ein Jahr an der amerikanischen Eliteuniversität Yale. Hier ergibt sich eine Parallele zu einem seiner späteren Gegenspieler in der ersten Großen Koalition auf Bundesebene von 1966 bis 1969, Horst Ehmke. Ehmke ist zunächst im Justizressort Staatssekretär und nach Gustav Heinemanns Wahl zum Bundespräsidenten Justizminister, bevor er ab 1969 im Kanzleramt unter Willy Brandt wirbelt. Ehmke hat in der Großen Koalition die Funktion des Polarisierers. Er soll sicherstellen, dass das Eigenprofil der SPD, vor allem als ‚Reformpartei‘ gegenüber einer verstaubt nachhängenden Union, so dieses Drehbuch, gewahrt bleibt. Auch Ehmke erfährt prägende Einflüsse in den USA.

Carstens, der im späteren Erscheinungsbild, auch noch als Bundespräsident, eher streng-etatistisch erscheinen wird, gewinnt in den USA das Bild einer auf Individualität wie auf Gewaltenteilung zwischen Kongress und Präsident gegründeten Demokratie. Partizipation ist dabei ein hoher Wert.

Der Leser, der Carstens als unerbittlichen konservativen Gegenspieler der sozialliberalen Regierung in Erinnerung zu haben vermeinte, wird hier mit überraschenden neuen Erkenntnissen konfrontiert. Aus dem Studienjahr in den USA wird dann auch Carstens Habilitationsarbeit „Grundgedanken der amerikanischen Verfassung und ihre Verwirklichung“ hervorgehen, 1954 publiziert und im Jahre 2006 nochmals veröffentlicht. Damit greifen wir den Ereignissen zwar vor. Deutlich wird aber schon an dieser Stelle ein fruchtbares Spannungsverhältnis zwischen dem politischen Spitzenamt und seinen Forderungen nach in sich konsistentem Handeln einerseits und den offenen Frage- und Deutungshorizonten wissenschaftlicher Arbeit andererseits. So ganz selten sind solche Biografien nicht. Neben Carlo Schmid ist vor allem Hans Maier zu nennen, Ordinarius für politische Wissenschaften wie Kultusminister von den sechziger Jahren bis in die achtziger Jahre in München.

Zuletzt ist uns Carstens als Rechtsanwalt in Bremen begegnet. Seine Beziehungen in der „guten“ Gesellschaft dieser ja nicht allzu großen Stadt führen dazu, dass ihn der sozialdemokratische Bürgermeister Wilhelm Kaisen 1949, bei Gründung der Bundesrepublik, zum Bevollmächtigten des Landes Bremen beim Bund ernannt.

Kaisen ist eine spannende Figur.¹⁰⁾ Er ist sozialdemokratisches Urgestein aus der Weimarer Republik, wird von den Amerikanern, durchaus ähnlich Konrad Adenauer in Rhöndorf, unmittelbar bei Kriegsende in die Pflicht genommen und avanciert sehr schnell zum Bürgermeister (Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen). Die Formel, auf die er seine Politik gründet, ist, noch prägnanter als im benachbarten Hamburg, das Bündnis von Arbeiterschaft und hanseatischen Kaufleuten. Kaisen eckt beim ersten



Gerhard Schröder
Foto: ullstein bild



Nachkriegsvorsitzenden der SPD (bis August 1952) Kurt Schumacher an, aber er kann sich behaupten. Schumacher ist eine solche Politik zu kompromissbereit gegenüber dem bürgerlichen Lager, das zugleich ab September 1949 in Bonn regiert, dazu, ausgehend von den besonderen bremischen Handelsinteressen, zu atlantisch wie ebenso zu proeuropäisch im Sinne der sich abzeichnenden Integration, insgesamt viel zu wenig jener apodiktischen Konfrontationslinie folgend, zu der Schumacher die SPD-Bundestagsfraktion anhält.¹¹⁾

Kaisen selbst weiß sehr genau, dass seinen Bundesbevollmächtigten Karl Carstens wenig mit sozialdemokratischem Milieu verbindet. Und trotzdem funktioniert die Zusammenarbeit. Beide finden sich in einer Art bremischem Patriotismus. Schließlich geht es auch damals schon um die Sicherung der Eigenstaatlichkeit des Stadtstaates. Kaisen beabsichtigt sogar, Carstens zu seinem Nachfolger im Bremer Rathaus aufzubauen.



Wilhelm Kaisen
Foto: SV Bilderdienst

Die Nagelprobe muss freilich nie gemacht werden: Auch Konrad Adenauer erkennt die Fähigkeiten des Bremer Bevollmächtigten und wirbt ihn 1954 für die Bonner Bühne ab.

Anfänge in Bonn

1954 wird Karl Carstens gewissermaßen eingekauft, vom Landes- in den Bundesdienst. Er wird zunächst ständiger Vertreter der Bundesrepublik beim Europarat, im Folgejahr als Ministerialdirigent Leiter der Unterabteilung 21 des Auswärtigen Amtes und ist mit Fragen der Integration, der im Werden begriffenen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft befasst.

Dabei, und das überrascht bei einem Hanseaten, steht er im Lager Adenauers und der Integrationspolitiker und nicht im Lager Ludwig Erhards und der vor allem auf Großbritannien setzenden Funktionalisten, die deutlicher marktwirtschaftlich orientiert sind. Letztere lassen sich von der Idee eines allmählichen Zusammenwachsens durch ökonomische Sachzwänge im atlantischen Zusammenhang leiten.

Im Gegenlager wird der Primat der Politik verfochten. Es geht um politisch gewollte supranationale Strukturen. Insofern kann auch Staatssekretär Hallstein, der Chefideologe dieser Sichtweise, ganz auf Carstens zählen.¹²⁾ Allerdings: Das Problem aller dann auf die deutsch-französische Verbindung setzenden Anhänger einer forcierten Integrationspolitik wird sehr bald sein, dass der ab 1958 amtierende neue französische Staatspräsident Charles de Gaulle der Bundesrepublik zwar einerseits eine Art Kondominium in Westeuropa offeriert, andererseits aber, gestützt auf den Status Frankreichs als neue Atommacht, mit den USA, Großbritannien und Frankreich eine Führungstrias in der NATO anstrebt, die zugleich unweigerlich die Bundesrepublik auf eine Zweitklassigkeit festlegen müsste. Und im Übrigen plädiert de Gaulle für ein „Europa der Vaterländer“, gegründet auf die unmittelbare Kooperation der Staatsleitungen selbst. Dieses Konzept richtet sich gegen Integration, supranationale Einrichtungen und Souveränitätseinbußen der Nationalstaaten. Hier liegt im Übrigen auch der Ausgangspunkt des Europäischen Rates der Präsidenten und Regierungschefs, in den sechziger Jahren entwickelt und bis heute das höchste Organ der Europäischen Union. Gewiss überlagern gravierende Einschnitte diese Diskrepanzen: In der Berlinkrise ab 1958, kulminierend im Mauerbau von 1961, setzt Adenauer vor allem deshalb auf Frankreich und Charles de Gaulle, weil ihm die USA nicht hinreichend verlässlich erscheinen. Amerika droht gegenüber der sowjetischen Forderung nach einer „Freien Stadt Berlin“ weich zu werden. Das Andere ist der deutsch-französische Vertrag vom 22. Januar 1963, der sogenannte Elysée-Vertrag. In ihm, der in Washington heftige Irritationen provoziert, scheint die Formel vom westeuropäischen Kondominium, das Paris und Bonn ausüben, mit Frankreich in der Rolle des ‚primus inter pares‘, noch einmal fixiert zu werden.¹³⁾ Karl Carstens, 1960 zum zweiten, 1961 zum ersten Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt, modifiziert in dieser Phase leicht seine Position: Er wird ein Stück atlantischer, freilich keineswegs so weitgehend, wie die eigentlichen Promotoren einer atlantischen Orientierung in der Bundesrepublik, an ersten Stelle der neue, seit 1961 amtierende Außenminister Gerhard Schröder.



Charles de Gaulle und Konrad Adenauer
Foto: ullstein bild

Szatkowski bescheinigt Carstens insgesamt, zu keinem Zeitpunkt konzeptioneller Wegbereiter gewesen zu sein. Er habe vielmehr die großen Trends mitgemacht, mit ausformuliert, im Detail dann auch modifizierend gewirkt, weder aber im Blick auf die

USA, noch im Blick auf die zentralen ostpolitischen Fragen – Anerkennung von Oder-Neiße-Linie und DDR, Preisgabe der Hallstein-Doktrin – so oder so Pflöcke eingerammt.

Wie eigentlich nahezu allen in Bonn war ihm sehr früh klar, dass die Grenze an Oder und Neiße endgültig bleiben werde. Aber sowohl aus rechtlichen wie aus politisch-psychologischen Gründen behielt man dieses Wissen bzw. diese Ahnung lieber für sich. Carstens baut lange auf die „MLF“, das Vorhaben einer nuklear bestückten gemeinsamen Überwasserflotte der NATO. Sie soll als eigene Abschreckungsmacht eine nukleare Teilhabe der Bundesrepublik symbolisieren. Eher konventionell mutet sein Agieren in der Nah-Ost-Krise des Jahres 1965 an:

Als der ägyptische Staatspräsident Nasser den DDR-Staatsratsvorsitzendem Walter Ulbricht nach Kairo einlädt und etwa gleichzeitig die streng vertraulichen deutsch-israelischen Rüstungsbeziehungen, seit Ende der fünfziger Jahre vor allem von Verteidigungsminister Franz Josef Strauß mit initiiert und gedeckt, publik werden, droht eine schwere Erschütterung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten.

Gegen den Rat des Auswärtigen Amtes und auch von Karl Carstens, dem vor allem sehr an der Kontinuität der deutsch-arabischen Beziehungen liegt, entschließt sich Bundeskanzler Ludwig Erhard unter Inkaufnahme großer Risiken zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel. [14\)](#)

Damit wird, wie die Rückschau heute zeigt, geradezu ein Gordischer Knoten durchschlagen.

In der Großen Koalition von 1966 bis 1969

Seit Frühherbst 1966 gerät die Kanzlerschaft Ludwig Erhards in eine Krise, aus der sie nicht mehr herausfindet. Am Ende der Entwicklung steht die erste Große Koalition in Bonn zwischen CDU/CSU und SPD, zugleich die erste Große Koalition auf gesamtstaatlicher Ebene in Deutschland seit 36 Jahren, seit dem Ende der SPD-geführten Regierung Hermann Müller im März 1930. Das Kanzleramt bleibt in den Händen der Union, es geht an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger über. Knapp unterliegt ihm bei einer Kampfabstimmung in der Unionsfraktion sein schärfster Rivale, Außenminister Gerhard Schröder, der unmittelbare Chef von Staatssekretär Karl Carstens. Schröder muss auf die Hardthöhe, in das Bundesverteidigungsministerium, umziehen, Carstens folgt ihm dahin; Willy Brandt wird Vizekanzler und Außenminister. Auf den ersten Blick und für die nächste Zeit bedeutet das einen Abstieg auch für Carstens – das Auswärtige Amt rangiert eindeutig über dem Bundesverteidigungsministerium. Aber die Entwicklung eröffnet für ihn zugleich neue Perspektiven in doppelter Hinsicht:



Willy Brandt, Egon Bahr (Mitte) und rechts Klaus Schütz, einer der Erfinder von Brandts Kanzlerkandidatur 1961, mit Anleihen bei John F. Kennedys Präsidentschaftswahlkampf 1960, später Regierender Bürgermeister von Berlin
Foto: SV Bilderdienst



Walter Ulbricht und seine Frau besuchen Ägypten, 1965.
Foto: SV Bilderdienst

Zum einen beginnt mit der Niederlage gegen Kiesinger in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 10. November 1966 der zunächst noch gar nicht wahrnehmbare Abstieg Schröders. [15\)](#) Dieser Abstieg wird sich nach seiner weiteren Niederlage bei der Kampfabstimmung um das Amt des Bundespräsidenten am 5. März 1966 in der Bundesversammlung gegen Gustav Heinemann beschleunigen. Damit wird in der politischen Aufstellung des Unionslagers eine Stelle freierwerden – die Stelle des protestantisch-norddeutschen, liberal-konservativen Etatisten, den Schröder verkörpert hat, und den nach ihm bis in der Zeit Helmut Kohls zwei Akteure

verkörpern werden: Gerhard Stoltenberg aus Schleswig-Holstein, lange Ministerpräsident in Kiel und auch lange Minister in Bonner Kabinetten, – und Karl Carstens selbst.

Das zweite Moment ist Carstens alsbaldige Rückkehr ins Zentrum der Macht, wenn auch zunächst nur auf Beamtenebene. Der neue Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger ist mit der bisherigen Leitung des Bundeskanzleramtes nicht zufrieden. Er wirbt Carstens ab und installiert ihn im Januar 1968 als Amtschef im Palais Schaumburg. Hier tut sich ein spannendes Beziehungsgeflecht auf, in dem sich Carstens besser positionieren kann als eigentlich zu erwarten gewesen war:

Zunächst hatte man davon ausgehen können, dass er mit Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, dem aus der CSU kommenden parlamentarischen Staatssekretär im Bundeskanzleramt, dieser mit Herbert Wehner eine Art Gründungsfigur der Großen Koalition, zugleich ganz der süddeutsch-profranzösischen Richtung entstammend, nicht zurecht kommen werde. Beide entwickeln aber sehr bald und überraschenderweise ein enges Vertrauensverhältnis zueinander. Die zweite wichtige Figur ist Günter Diehl, ursprünglich Chef des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, mit Kiesinger seit Jahrzehnten vertraut, seit den Urzeiten in der Alten Wilhelmstraße. Hier hatte Kiesinger im weiteren Verlauf des Krieges die Unterabteilung für die Rundfunkpropaganda im Ausland geleitet. Diehl, eigentlich ein Mann des Bundeslagers, war in Planspielen zur Gestaltung einer künftigen Ost- und Deutschlandpolitik sehr weit gegangen, weit in Richtung der später von der sozialliberalen Koalition geführten Entspannungspolitik. Im Auswärtigen Amt muss er nun Egon Bahr weichen, den der neue Außenminister Willy Brandt aus Berlin mitbringt. Dort war Bahr nach der Papierform Pressesprecher, tatsächlich Chefdenker des Regierenden Bürgermeisters gewesen. Diehl selbst übernimmt das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und wird der wohl wichtigste Berater des Bundeskanzlers sowie, zusammen mit seinem Stellvertreter Conrad Ahlers, letzterer steht auf dem SPD-Ticket, ein zentrales Scharnier zwischen den Partnern dieser Großen Koalition.



Gegenspieler in der CSU: Franz Josef Strauß und Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg
Foto: ullstein bild

Carstens Rolle ist eine etwas andere: Einmal die des Administrators und zum Anderen ist er eine Art ostpolitischer „Schießhund“, der darauf achten soll, dass Brandt, Wehner und Bahr nicht zu weit in Richtung Öffnung nach Osten gehen. Vor allem eine Anerkennung der DDR kommt für Carstens nach wie vor und dauerhaft nicht in Frage. Aus dieser Zeit stammen dann auch Verwundungen, die noch das Verhältnis von Carstens zur SPD in den siebziger Jahren belasten werden.

Bei einer Regierungsklausur vom 2. und 3. Mai 1968 hatte Außenminister und Vizekanzler Willy Brandt un widersprochen von Seiten der Unionsvertreter als strategische Optionen künftiger Ostpolitik formuliert:

„Um in der Gewaltverzichtsfrage gegenüber Osteuropa weiterzukommen, könnten wir an drei Dinge denken: Andeutungen machen, dass wir die Grenzfragen faktisch als erledigt betrachten, ohne die Ansprüche aufzugeben. Verbindliche Abmachungen mit der DDR gegen völkerrechtliche Anerkennung. Mobilisierung des osteuropäischen Interesses gegen das Veto der DDR für die Normalisierung der Beziehungen zu uns.“¹⁶⁾ Diese äußerste Kompromisslinie wurde allerdings nur von Teilen des Unionslagers wirklich mitgetragen; Carstens zählte nicht dazu. Sein Misstrauen gegenüber der SPD und namentlich Egon Bahr wuchs, als die zwischen SPD und SED indirekt über die Kommunistische Partei Italiens (KPI) angestellten Sondierungen durch den BND dem Kanzleramt zugetragen wurden. Allerdings: Diese Gespräche wurden auch so geführt, dass ihr Bekanntwerden offenkundig sorgfältig kalkuliert war und Wirkung erzielen konnte.¹⁷⁾ Naturgemäß konnten alle vom Kanzleramt unternommenen Bemühungen, den großen Koalitionspartner zu disziplinieren, nur fehlschlagen, insbesondere in jener Phase gegen Ende der Koalition hin, als Union und SPD sich in möglichst günstige Ausgangsstellungen für die Bundestagswahl 1969 zu bringen suchten. Für Carstens selbst führte deren Resultat zu einer tiefen Zäsur. Die neue sozialliberale Regierung hatte für ihn naturgemäß keine Verwendung. Als Staatssekretär und damit politischer Beamter wurde er in den einstweiligen Ruhestand verabschiedet. Für kurze Zeit dominierte nun der Wissenschaftler Carstens.



Einmarsch der Sowjets in Prag, August 1968
Foto: ullstein bild

Von 1970 bis 1973 wirkte er als Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und begleitete damit reflexiv-kritisch die Hochzeit der sozialliberalen Ostpolitik. Dass er ihr kritisch gegenüberstand, nach wie vor ebenso sowjetische Hegemonialambitionen unterstellte wie eine Anerkennung der DDR ablehnte, hinderte ihn keineswegs daran, in breit angelegten Sammelbänden zu den Perspektiven deutscher Außenpolitik auch gegenteilige Positionen zuzulassen –

ein Beweis mehr dafür, dass sich in Carstens die Offenheit für liberale Pluralität und eigene Standorttreue bemerkenswert gut vertrugen.

Es sollte freilich die letzte dominant wissenschaftliche Phase in Carstens Leben gewesen sein.

Die Anfänge des Politikers

Aus dem Diplomaten und Professor wurde nun der Politiker: Statt 1973 gab es schon 1972, am 19. November, wieder Bundestagswahlen. Die ohnehin von Anfang an mit einem sehr knappen Mandatsvorsprung ausgestattete sozialliberale Koalition hatte erkennbar seit Ende April des Jahres keine Mehrheit mehr im Parlament. Aus SPD und FDP waren Abgeordnete zur Union übergegangen, primär, weil sie die Vertragspolitik der Regierung Brandt/Scheel ablehnten, insbesondere die zumindest politisch definitive Hinnahme der Oder-Neiße-Grenze. Freilich gab es noch andere Sollbruchstellen: Vielen in der FDP ging die keynesianische Wirtschafts- und Finanzpolitik der Sozialdemokraten gegen den Strich. Und sogar der eigentliche sozialdemokratische Star in der Großen Koalition von 1966 – 1969, Wirtschaftsminister Karl Schiller, trat am 7. Juli 1972 von den Ämtern des Wirtschafts- und Finanzministers zurück, zieh seine Partei der Schuldenpolitik und ging öffentlich auf Distanz zu ihr.¹⁸⁾



Karl Schiller
Foto: ullstein bild

Zwar hatte das erste konstruktive Misstrauensvotum in der Geschichte der Bundesrepublik, die Kandidatur Rainers Barzels für das Amt des Bundeskanzlers am 27. April 1972, nicht die Mehrheit im Parlament gefunden – wie man heute weiß, vor allem weil



Rainer Barzel gratuliert Bundeskanzler Brandt zum überstandenen Misstrauensvotum.
Foto: ullstein bild

Abgeordnetenbestechung vom Staatssicherheitsdienst der DDR ausgegangen waren –, aber der folgende Tag zeigte, dass auch die Koalition keine Mehrheit mehr besaß: Sie konnte die Abstimmung über den Kanzlerhaushalt nicht gewinnen. Die Dinge trieben auf vorgezogene Neuwahlen zum Bundestag hin. Kai-Uwe von Hassel, der langjährige Ministerpräsident in Kiel und von 1966 bis 1969 Bundesverteidigungsminister, setzte nun alles daran, Karl Carstens für eine Kandidatur zum Bundestag in einem schleswig-holsteinischen Wahlkreis zu gewinnen. Carstens wollte erst nicht recht, ließ sich dann aber doch für den Wahlkreis Plön nominieren und zog schließlich über die schleswig-holsteinische Landesliste der CDU am 19. November 1972 in den Deutschen Bundestag ein. Freilich: Das Ergebnis insgesamt war für die CDU/CSU verheerend. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte wurde sie von der SPD überholt. Willy Brandt hatte die Abstimmung zum Plebiszit für sich und seine Ost- wie Reformpolitik machen können, Rainer Barzel, der Kanzlerkandidat der Union, war schwer angeschlagen.

Barzel konnte seine Position fortan nicht mehr stabilisieren. Als er die Fraktion nicht für eine einheitliche Linie in der Frage des UNO-Beitritts der Bundesrepublik, zeitgleich mit dem der DDR, gewinnen konnte, trat er zurück. Für große Teile der CDU/CSU war und blieb es einfach unannehmbar, dass mit der Bundesrepublik auch die DDR – formal gleichrangig – den Vereinten Nationen beitreten sollte. Carstens, als früherer Staatssekretär im Auswärtigen Amt nun Star der Union im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, ist mit einem Mal Favorit für die Nachfolge, obwohl er, mit nur wenigen Monaten parlamentarischer Erfahrung, verständlicherweise zögert.

Im Übrigen steht er selbst dem UNO-Beitritt nicht ablehnend gegenüber – der erfahrene Außenpolitiker sieht im Fall einer Abstinenz für die internationale Position der Bundesrepublik mehr Nach- als Vorteile. Einer, der gleichwohl auf Carstens Kandidatur für den Fraktionsvorsitz drängt, ist Franz Josef Strauß – zum einen, weil Carstens konservativ-verlässlich und zugleich rhetorisch Willy Brandt und Herbert Wehner gewachsen scheint, von diesem Kaliber hat die Union nicht viele. Zum anderen will Strauß wohl auch schon zu diesen frühen Zeitpunkt einen Wettbewerber gegen den sich abzeichnenden Nachfolger Barzels im CDU-Vorsitz, Helmut Kohl, mit aufbauen. Am



17. Mai 1973 setzt sich Carstens bei der Abstimmung um den Fraktionsvorsitz gegen seine beiden Konkurrenten Richard von Weizsäcker (58 Stimmen) und Gerhard Schröder (26 Stimmen) mit 131 Stimmen durch.¹⁹⁾ Er hängt also seinen früheren Chef in den Ressorts Außen wie Verteidigung von 1961 bis 1969, Gerhard Schröder, deutlich ab. Hier liegt gewiss ein besonders eindrucksvolles Beispiel dafür, wie bestimmte Konstellationen dazu führen können, dass Akteure der zweiten Linie die „Veteranen“ aus der ersten verdrängen.



Carstens als neuer Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Foto: SV Bilderdienst

Der Kampf um den Grundlagenvertrag

Mit den Aufregungen um die Ost- und Deutschlandpolitik ging es in Bonn unvermindert intensiv weiter. Die Bundesrepublik hatte mit der DDR einen Grundlagenvertrag abgeschlossen, den das Unionslager geschlossen ablehnte, geschlossener als die Verträge von 1970 mit der Sowjetunion und Polen. Denn die Hinnahme einer Kodifizierung der deutschen Teilung ohne hinreichend verlässliche Gegenleistungen erschien nicht akzeptabel. Sollte man aber gegen den Vertrag die letzte und schärfste Waffe einsetzen, eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe? Bis auf vier Abgeordnete war der Grundlagenvertrag von der Unionsfraktion bei der Ratifizierung im Parlament abgelehnt worden; gleichzeitig hatte es aber auch keine Mehrheit in der Fraktion für den Gang nach Karlsruhe gegeben.

Carstens selbst war durchaus ein Nutznießer der Auseinandersetzungen um den Grundlagenvertrag: Der Zufall hatte es so gewollt, dass erst ein Verzicht vom Bundestagsvizepräsidenten Richard Jaeger ihm am 15. Februar 1973 die Gelegenheit gab, am Rednerpult des Bundestages Fundamentalkritik am Grundlagenvertrag zu üben. Für die angegriffene Konstitution der Unionsfraktion viel wirkungsvoller als Rainer Barzel zuvor, kritisierte er ein vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte inakzeptables Abrücken vom nationalen Einheitspostulat, das den Grundlagenvertrag prägte. Diese Rede war wohl der Durchbruch, der ihn überhaupt erst in die engere Wahl für das Amt des Fraktionsvorsitzenden hatte aufrücken lassen.²⁰⁾

Fünf Tage nach Carstens' Wahl zum Fraktionsvorsitzenden fiel in München die Entscheidung, den Grundlagenvertrag in Karlsruhe anzufechten. Freilich verhielt es sich keineswegs so, dass CSU und Bayerische Staatsregierung geschlossen hinter dem Antrag, die „außerbayerische“ CDU geschlossen dagegen gestanden hätte. Viele, die weiterhin in der CDU den ostpolitischen Traditionen der fünfziger Jahre in der CDU verbunden geblieben waren, hatten Franz Josef Strauß bestürmt, diese letzte Möglichkeit der Auseinandersetzung nicht zu scheuen.²¹⁾ Carstens selbst allerdings stand dem bayerischen Klageantrag eher reserviert gegenüber. Andererseits musste der Parteivorsitzende Franz Josef Strauß bei der entscheidenden Kabinettsitzung am 22. Mai 1973 in München alle Register ziehen, um gegen den sich sträubenden Ministerpräsidenten Goppel, der wohl eine das Bund-Länder-Verhältnis übermäßig belastende Konfrontation fürchtete, eine knappe Mehrheit in der Staatsregierung für die bayerische Klage zu gewinnen.²²⁾ Das schließlich am 31. Juli 1973 ergangene Urteil wurde dann freilich auch von Carstens begrüßt: Zwar hatte das höchste deutsche Gericht im Ergebnis die Vereinbarkeit des Grundlagenvertrages mit dem Grundgesetz festgestellt, allerdings zugleich in der Begründung der regierenden sozialliberalen Koalition so enge Interpretations- und Handlungsgrenzen gesetzt, dass die Union – jetzt waren hier auf einmal alle stolz auf den Erfolg – sich durchaus mit Grund als Sieger verstehen konnte: Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes müsse politisch handlungsleitend bleiben, das Deutsche Reich bestehe rein rechtlich gesehen fort, die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik habe die rechtliche Qualität von Grenzen unter den deutschen Ländern und die einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit dürfe nicht zur Disposition gestellt werden. Mit einem Mal gab es für die Zeit bis zum 3. Oktober 1990, dem Tag des Vollzugs der Wiedervereinigung, eine ‚Magna Charta‘, auf die sich alle berufen konnten, die die Teilung nach wie vor nicht für das letzte Wort halten wollten.

Helmut Kohl und neue Anfänge in Bonn

Wenige Wochen nach Carstens' Wahl zum Fraktionsvorsitzenden trat ein anderer ins Rampenlicht der Bonner Politik. Am 12. Juni 1973 wählte ein Sonderparteitag der CDU den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl zum Parteivorsitzenden. Kohl eröffnete sofort eine organisatorisch und inhaltlich stürmische Reformperiode in der Partei. Neuer Generalsekretär wurde Kurt Biedenkopf, Ordinarius für Handels-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht an der Ruhr-Universität in Bochum und zugleich mit Managementenerfahrungen im Henkel-Konzern ausgestattet. Dass die sich hier anbahnenden dynamischen Anfänge nach einigen Jahren versanden und zwischen Kohl und Biedenkopf eine Rivalität von shakespearehaften Zügen entstehen würde, konnte damals noch niemand absehen. Die Arbeitsteilung in diesen Anfängen war jedenfalls klar: Die Partei wurde durch Biedenkopf mit Kohls Rückendeckung professionalisiert, inhaltlich auf neue gesellschaftliche Entwicklungen eingestellt. Carstens' Hauptaufgabe lag darin, die Fraktion zusammenzuführen und die Regierung rhetorisch gehörig



unter Druck zu setzen.

Ludwig Erhard gratuliert Helmut Kohl zur Wahl zum
CDU-Vorsitzenden, 12. 6. 1973.
Foto: ullstein bild

Bald warf dann die Bundestagswahl 1976 ihre Schatten voraus: An Helmut Kohls Drängen auf die Kanzler-kandidatur konnte es keinen Zweifel geben. Auch Franz Josef Strauß selbst war ambitioniert und dazu wurden die Namen zweier CDU-Politiker aus dem norddeutsch-evangelischen Milieu lanciert: Neben Carstens selbst war auch Gerhard Stoltenberg im Gespräch, 1965 bis 1969 Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, seit 1971 Ministerpräsident in Kiel.

Beiden allerdings – für Stoltenberg fehlt noch eine wissenschaftliche Biografie – mangelte es in den eigentlichen Entscheidungssituationen wohl an jener Mischung aus Taktik und letzter Entschlossenheit, ohne die man nicht zur politischen Nummer eins aufrücken kann. Am Ende gelangten sie jeweils auf zweite Plätze: Carstens in das, wenn auch protokollarisch unbestreitbar erste Amt des Bundespräsidenten von 1979 bis 1984, Stoltenberg in das Amt des Bundesfinanzministers von 1982 bis 1989. In diesem Zentralressort bemühte der sich mit Erfolg um die Rückführung von Besteuerung und Neuverschuldung.²³⁾ Helmut Kohl hatte Carstens für den Fall einer Unionsregierung nach einem Wahlsieg 1976 als Bundesaußenminister vorgesehen. Das wäre, wie er selbst erkennen ließ, für Carstens das Traumressort gewesen. Aber daraus wurde nichts.

Die Bundestagswahl 1976 führte die CDU/CSU bis nahe an die absolute Mehrheit. Da sie aber über keinen Koalitionspartner verfügte, blieb, bei einem Stimmenanteil von 48,6 Prozent, doch nur die Fortführung der Opposition.

Die Oppositionsarbeit kam aber nicht richtig in Gang. Schon am Wahlabend, dem 3. Oktober 1976, hatte Franz Josef Strauß in München gegen die „Nordlichter“ vom Leder gezogen, die den Wahlsieg vermässelt hätten. Sechs Wochen später, am 19. November, kam es zum wohl nicht strategisch vorbereiteten, sondern aus Frustration über die Konstellation, nämlich über die Perspektive eines dauerhaften Verharrens in der Oppositionsrolle, entstandenen Paukenschlag von Kreuth:



Franz Josef Strauß und Helmut Kohl bekräftigen die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU im Bundestag, 13. 12. 1976.
Foto: SV Bilderdienst

Die CSU Landesgruppe votierte mit 30 zu 18 Stimmen bei einer Enthaltung und einer ungültigen Stimme für die Bildung einer eigenen Fraktion im Bundestag. Die Ausbreitung der CSU über die Mainlinie und der Einmarsch der CDU in Bayern schienen bevorzuzustehen. Diese Aussicht ließ das ganze Milieu der CSU in ihrem Heimatland nervös werden. Die Landtagsfraktion ging, besorgt um ihre absolute Mehrheit im Land, auf Distanz zum Kreuther Beschluss. Franz Josef Strauß musste nachgeben. Damit blieb aber auch das relative Nahverhältnis zwischen ihm und den eher Konservativen – mit allen Relativierungen – wie Carstens in der CDU erhalten. Eine dauerhafte Trennung von CDU und CSU hätte dieses Verhältnis wohl nicht überstanden. Auch Carstens war solidarisch mit Helmut Kohl geblieben und hatte den Kreuther Trennungsbeschluss abgelehnt. Nachdem die CSU ihren Anspruch auf eine eigene Fraktion im Bundestag revidiert hatte, setzte Helmut Kohl seinen eigenen Anspruch auf die Führung der nun reanimierten Gesamtfraktion durch.²⁴⁾

Carstens´ folgendes Wirken als Bundestagspräsident von 1976 bis 1979 ist nur ein Zwischenspiel. Aber es erlaubt ihm immerhin ansatzweise einen Imagewechsel: Der ursprüngliche Beamte, Staats- und Völkerrechtler hatte sich als aktiver Parteipolitiker und Parlamentarier seit 1973 vielfach sehr akzentuierend, um nicht zu sagen polarisierend gezeigt. Nun kann er ein neues Bild gesamtgesellschaftlicher Integrationsfähigkeit entwickeln.

Carstens´ Wahl zum Bundespräsidenten

Bei der Bundesversammlung zur Neuwahl des Bundespräsidenten 1979 verfügt die Union über die absolute Mehrheit der Mandate dank ihrer starken Position in den Landesparlamenten, dem üblichen Muster von Terraingewinn der Opposition auf Bundesebene in den Ländern folgend, und im Resultat ihres Fastwahlsieges bei der Bundestagswahl 1976. Der seit 1974 amtierende Bundespräsident Walter Scheel, Aushängeschild der sozialliberalen Koalition, erkennt die Konstellation und nimmt frühzeitig von einer zweiten Kandidatur Abstand. Die Union hat alle Trümpfe in der Hand und sie will sie auch ausspielen, sie will gewissermaßen Genugtuung für die Bundespräsidentenwahl ein Jahrzehnt zuvor, als die SPD mit der FDP Gustav Heinemann durchgesetzt, damit symbolhaft ein „Stück Machtwechsel“ verwirklicht und die Vorzeichen für das ein halbes Jahr später geschlossene



sozialliberale Regierungsbündnis geschaffen hatte. Von interessierter Seite wird als Unionskandidat Helmut Kohl genannt; er selbst macht schnell und energisch klar, dass ein solcher Masterplan für eine Verhinderung seiner künftigen Kanzlerschaft gänzlich indiskutabel ist. Carstens ist dann sehr bald der gegebene Kandidat. Weitere Konkurrenten für ihn aus der Union sind zunächst noch Richard von Weizsäcker, den vor allem die CSU ablehnt, und der bayerische Kultusminister Hans Maier. Carstens obsiegt aber nicht nur deshalb, weil mit Helmut Kohl und Franz Josef Strauß die beiden Schwergewichte der Unionsparteien hinter ihm stehen.

Es gibt auch einen Solidarisierungseffekt, Reaktion weniger auf die kritischen Vorstöße gegen ihn aus SPD und FDP, als auf eine Kampagne der damals in der Bundesrepublik Ton angehenden Publizistik. Dabei sieht er sich dreierlei Vorwürfen ausgesetzt: Er sei Mitglied der NSDAP gewesen, er habe vor dem Guillaume-Untersuchungsausschuss des Bundestages 1974 die Unwahrheit gesagt, als er erklärte, in seiner Zeit im Bundeskanzleramt nie etwas von Waffenhandel des Bundesnachrichtendienstes gehört zu haben, und er komme als rechtskonservativer Polarisierer (Helmut Schmidt: „Personifikation der rechtskonservativen Richtungen in unserer Gesellschaft“) nicht für die ausgleichende Funktion des Staatsoberhauptes in Frage.



Carstens spricht nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten, 23.5.1979.
Foto: ullstein bild

Die BND-Geschichte wird schließlich dadurch bereinigt, dass der gegen Carstens klagende SPD-Bundestagsabgeordnete Metzger seine Klage zurückzieht.

Carstens NSDAP-Mitgliedschaft war zunächst ein sehr belastender Punkt. Geschickt vermochte er es allerdings im November 1978 darzulegen, dass er über eine formale Mitgliedschaft nie hinausgelangt war und vor allem, dass er sich nicht vorschnell von der Vergangenheit suspendierte: „Ich war – wie fast alle meine Altersgenossen – in die damalige Entwicklung verstrickt. Niemand, der nicht aktiven Widerstand geleistet hat, [...] kann sich davon gänzlich frei zeichnen.“²⁵⁾ Dieses Eingeständnis blieb offenkundig nicht ohne Wirkung. Naturgemäß verlor die Kampagne gegen Carstens vor allem erheblich an Dynamik, als etwa zeitgleich bekannt wurde, dass auch der amtierende Bundespräsident Scheel seit 1942 Mitglied der NSDAP gewesen war. Diese Information ging auf Erich Mende zurück, als Scheels Vorgänger in diesem Amt 1960–1960 selbst FDP-Vorsitzender, seit 1970 Bundestagsabgeordneter aber für die CDU. Der nationalkonservative Erich Mende hatte mit dem Exponenten der sozialliberalen Hochzeit Walter Scheel noch ein Hühnchen zu rupfen. Scheel hatte ihn als eine Art Liebling von Medien und Zeitströmungen im Parteivorsitz abgelöst.

Und Mende fand die Instrumentalisierung von Carstens NSDAP-Mitgliedschaft, ohne dass auch die Walter Scheels thematisiert wurde, inakzeptabel. Mit Näherücken des Wahltermins, des 23. Mai 1979, relativierte Helmut Schmidt selbst den Vorwurf übermäßiger rechtskonservativer Einseitigkeit. Der Bundeskanzler war klug genug zu wissen, dass er am Ende zu einem Bundespräsidenten Carstens ein erträgliches Verhältnis finden musste.

Die SPD hatte schließlich gegen Carstens den Physiker und Philosophen Karl-Friedrich von Weizsäcker ins Rennen schicken wollen. Zwei Tage vor der Bundespräsidentenwahl lehnte dieser ab, da er nicht für eine symbolische „Zähl- oder Kampfkandidatur“ zur Verfügung stehen wollte. Für ihn sprang die frühere Bundestagspräsidentin Annemarie Renger ein. Die FDP nominierte keinen Kandidaten – insofern spricht viel für die These, dass das „Stück Machtwechsel“ diesmal nicht unmittelbar in der Wahl des neuen Bundespräsidenten lag, sondern in der neutralen Position, die der Koalitionspartner der SPD wählte. Karl Carstens erhielt bereits im ersten Wahlgang mit 528 Stimmen bei 1036 abstimmungsberechtigten Mitgliedern der Bundesversammlung die absolute Mehrheit und war damit zum fünften Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Profil als Bundespräsident

Als sein Vorbild als Staatsoberhaupt, hierin lag gewiss auch ein Angebot zum Aufeinander-Zugehen an die SPD, bezeichnete Carstens den ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Auch in seinem präsidialen Handeln gab er der



sozialliberalen Bundesregierung keinen Anlass zur Beanstandung: Leiter des Bundespräsidialamtes wurde einer der vielleicht besten deutschen Beamten der Nachkriegszeit überhaupt, Hans Neusel. Neusel, persönlicher Referent von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger 1966–1969, war 1973 zu Carstens gestoßen, wurde nach dessen Ausscheiden aus dem Amt des



Hans Neusel
Foto: ullstein bild



Reichspräsident Friedrich Ebert
Foto: ullstein bild

Bundespräsidenten vom Nachfolger Richard von Weizsäcker in den einstweiligen Ruhestand versetzt, dann von Friedrich Zimmermann reaktiviert und ins Bundesinnenministerium geholt. Dort amtierte er bis 1992 als zentrale Figur, nach dem Attentat auf Bundesinnenminister Schäuble im Oktober 1990 de facto als Chef des Ministeriums. Als Leiter²⁶⁾ des Bundespräsidialamtes nahm er an den Kabinettsitzungen der bis Oktober 1982 sozialliberalen Bundesregierung teil, war stets diskret und ließ der CDU/CSU nie vertrauliche Informationen zukommen. Verdruss in den Unionskreisen nahm er für Korrektheit in Kauf.

Carstens gelang es wie bislang fast allen Bundespräsidenten, aus der Rolle des Parteipolitikers in die des allseits geschätzten Integrators hinüberzuwachsen. 1984 hätte ihn die SPD wohl mitgewählt, hätte er noch einmal kandidiert.

Das Vertrauensverhältnis zu Helmut Schmidt resultierte gewiss auch aus dem Umstand, dass beide gleichermaßen hinter dem NATO-Doppelbeschluss und Nachrüstungswillen gegen die sowjetischen SS-20-Raketen standen. Für Carstens war es schmerzlich, aber zugleich unvermeidlich, dass er über dieses Thema in ein Spannungsverhältnis zu großen Teilen seiner, der evangelischen Kirche, geriet. Als professionell-nüchterner Außenpolitiker konnte er mit der Gesinnungsethik großer Teile des evangelischen Milieus wenig anfangen und stand im Übrigen der sowjetischen Politik nach wie vor sehr misstrauisch gegenüber. Hier zeigte sich aber auch, wie sehr er in seiner politischen Sozialisation durch die fünfziger Jahre geprägt war.

Bei einem anderen Thema kam es zu einem Spannungsverhältnis, das er mit sich selbst austragen musste: Es war die Frage nach Patriotismus und Nationalbewusstsein. Es ging dabei nicht so sehr um die Sache als solche. Für Carstens blieb Nationalbewusstsein eine zentrale Koordinate individueller und gesellschaftlicher Orientierung und stand im Übrigen auch nicht im Widerspruch zur sich verfestigenden europäischen Integration. Das Problem war, ganz kennzeichnend für diese frühen achtziger Jahre, die Frage nach dem Objekt, um das es eigentlich ging.

Ging es um das geteilte Deutschland in seiner Gänze, bei allen zwischenzeitlich eingetretenen Wandlungen und Metamorphosen doch in der Kontinuität der nationalen Einigung des 19. Jahrhunderts, oder ging es um die Bundesrepublik, als ‚Ding an sich‘, nunmehr seit dem Zeitraum einer Generation bestehend, mit ausgeformter Staatsräson, sich entwickelnder eigener Symbolik und Identität und damit möglicherweise mehr und mehr in die Rolle des eigentlichen Ortes der Identifikation ihrer Bürgerinnen und Bürger hineinwachsend?



Demonstration gegen den NATO-Doppelbeschluss
Foto: ullstein bild

Es gab in diesen Jahren auch geschichtspolitisch mancherlei Anzeichen dafür, dass sich zwischen Rhein und Elbe so etwas wie ein Nationalstaat Bundesrepublik entwickeln könne: Eine Gruppe der renommiertesten deutschen Zeithistoriker schrieb in fünf Bänden mit Teilbänden eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland,²⁷⁾ bei der das Moment des Gesamtdeutschen allenfalls als Reflex erscheint. In seinen Regierungserklärungen vom 13. Oktober 1982 und vom 4. Mai 1983 skizzierte der neue Bundeskanzler Helmut Kohl das Vorhaben zweier Museen, eines Deutschen Historischen Museums in Berlin, in Konkurrenz zum Museum für Deutsche Geschichte der DDR Unter den Linden, und eines Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn.²⁸⁾

Bürgerliche wie linke Intellektuelle machten sich in diesen Jahren auf den Weg der Propagierung von nicht nur zwei Staaten, sondern auch von zwei, mehr oder weniger fertigen Nationalstaaten auf deutschem Boden, von rechts eher mit dem Akzent auf der Betonung eines bürgerlichen Etatismus in der Bundesrepublik, von links eher mit der Betonung einer durch die nationalsozialistischen Verbrechen verdienten und legitimierten deutschen Zweistaatlichkeit auf Dauer.

Darüber hinaus wurde die Perpetuierung der Zweistaatlichkeit in diesem Spektrum auch gerne als Element europäischer Sicherheit gesehen.

Ferner spielten die Formeln vom „Verfassungspatriotismus“ (Dolf Sternberger) und von der Bundesrepublik als „postnationale Demokratie“ (Karl Dietrich Bracher) für die – mögliche – Entwicklung einer finalen Selbstanerkennung der Bonner Republik eine buchstäblich den Weg weisende Rolle.²⁹⁾ Der Bundespräsident versuchte sich an einem Spagat: Es ging ihm darum, die Genugtuung über das in der Bundesrepublik positiv Gewordene und das Wissen um die historische Dimension des ganzen Deutschland gleichermaßen zu würdigen und beide Dimensionen neben- oder auch miteinander gelten zu lassen. Ob eine solch schwierige Brückenkonstruktion auf Dauer, das heißt, ohne das Ausbleiben des Kollaps der DDR seit Sommer 1989, tragfähig gewesen wäre, wird man sicher nie wissen können. Skepsis erscheint angebracht. Aber für ein westdeutsches Staatsoberhaupt, das das Wiedervereinigungspostulat mitvertreten musste, gab es gewiss auch keine andere und eindeutige Lösung.



Die Sektorengrenze am Brandenburger Tor in Berlin um 1980

Foto: ullstein bild

Der Konflikt um die Auflösung des Bundestages

In die schwierigste Lage seiner Amtszeit gerät Karl Carstens nach dem Ende der sozialliberalen Bundesregierung im September 1982. Am 17. September 1982 endet die sozialliberale Ära in der Nachkriegsgeschichte durch den Rücktritt der FDP-Minister, genau 14 Tage später wird Helmut Kohl mit einer Mehrheit von Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP durch ein konstruktives Misstrauensvotum zum neuen Bundeskanzler gewählt. Er strebt in Abstimmung mit Hans-Dietrich Genscher und damit gegen Helmut Schmidt wie Franz Josef Strauß baldige, aber nicht sofortige Neuwahlen an, damit sich die schwer angeschlagene FDP, der ein ganzer Flügel abhanden zu kommen droht, erholen, als dauerhafter Koalitionspartner und als Widerlager gegen die CSU erhalten bleiben kann. In der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 kündigte Helmut Kohl den 6. März 1983 als Termin für Neuwahlen an. Dazu geht er den Weg über ein – negatives – Vertrauensvotum nach Art. 68 GG: Am 17. Dezember 1982 stellte er im Bundestag die Vertrauensfrage. Da sich die Abgeordneten der Koalition (248 Stimmen) enthielten und 218 Gegenstimmungen abgegeben wurden, war die Abstimmung programmgemäß verloren, hatte das Parlament dem Regierungschef ein Vertrauensvotum vorenthalten. Kohls sachliche Begründung war gewesen, seine Regierung habe nur ein sehr begrenztes Mandat für ein unmittelbar notwendiges Dringlichkeitsprogramm gehabt. Dieses Mandat sei jetzt aufgebraucht. Mit der kalkulierten Niederlage verband Kohl die Erwartung, der Bundespräsident werde jetzt von der Möglichkeit Gebrauch machen, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Wie stand es allerdings tatsächlich um Legitimationsverlust und Handlungsunfähigkeit der Regierung? War das alles echt oder gezinkt? Die Entscheidung darüber lag bei Carstens. Dass er, selbst renommiertes Staatsrechtler und auf juristische Eindeutigkeit bedacht, sich mit ihr schwertun würde, lag auf der Hand. War die Bundesregierung denn wirklich handlungsunfähig?

Schließlich hatte die neue Regierungsmehrheit im November 1982 einigermaßen ungefährdet den Bundeshaushalt für das Jahr 1983 verabschiedet. Formal war ihre mittel- und längerfristige Handlungsunfähigkeit also gewiss nicht so einfach nachweisbar. Dem Bundespräsidenten musste daher eine einigermaßen überzeugende Argumentation präsentiert werden: „Carstens macht in seinen Gesprächen mit Vertretern der CDU/CSU und FDP deutlich, dass er die Überzeugung gewinnen müsse, dass die Regierung zur Lösung maßgeblicher Aufgaben im Bereich der Innen- und Außenpolitik fortan über keine Mehrheit im Bundestag mehr verfügen werde. Spitzenpolitiker der Union wie Dregger, Stoltenberg und Zimmermann bestätigten das bereitwillig. Aufschlussreich sind besonders die Memoiren von Friedrich Zimmermann: [...] Kohl könne – so stellte es jedenfalls der Innenminister dar – angesichts einer außerparlamentarischen ‚Einschüchterungskampagne‘ (er meinte die Aktionen der Friedensbewegung) einer verlässlichen Mehrheit im Bundestag für die nächste Zeit nicht sicher sein.“³⁰⁾



Karl Carstens ernennt Helmut Kohl zum Bundeskanzler, 1982. In der Mitte Staatssekretär Hans Neusel

Foto: ullstein bild

Nach Ablauf der nach dem Grundgesetz maximal gegebenen Drei-Wochen-Frist begründete der Bundespräsident am 7. Januar 1983 in einer Rundfunk- und Fernsehansprache seine Entscheidung für die Auflösung des Bundestags. Dabei bezog er sich auf die ihm übermittelten Darstellungen, die amtierende Bundesregierung habe angesichts der schweren anstehenden Probleme kein auf längere Sicht gültiges Mandat mehr.

Diese Argumentation überstand auch eine Klage gegen die Entscheidung des Bundespräsidenten vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Mehrheit der Richter machte sich die These einer in Zukunft womöglich fehlenden Majorität des Kanzlers und einer so in Frage gestellten Legitimation zu eigen.³¹⁾

Lebensende

Karl Carstens schied ohne Druck nach nur einer Amtsperiode 1984 aus dem Amt. Er wollte die sich abzeichnende letzte Phase seines Lebens sehr bewusst mit seiner Frau Veronika und in einigem Abstand von den öffentlichen Aufregungen als eine Zeit der inneren Sammlung und des Abschieds gestalten können. Er erlebte noch die Wiedervereinigung und damit die fast ausnahmslos in der politischen wie in der publizistischen Klasse der Bundesrepublik nicht mehr für möglich gehaltene faktische Realisierung des ursprünglichen Adenauerschen Konzepts. Der Alte aus Rhöndorf hatte stets auf die Attraktivität der freiheitlichen Ordnung in Europa und damit auch in ganz Deutschland gesetzt. Sie werde am Ende gegen Teilung und Abgrenzung obsiegen. Ob gleichwohl diese Zäsur Ausdruck historischer Willkür war, im Sinne des Bismarck-Wortes, die Geschichte sei nicht die preußische ‚Oberrechnungskammer‘, oder doch List der Geschichte oder tatsächlich der Sieg eines in Erfüllung gegangenen Kalküls, wie naturgemäß im Nachhinein gerne behauptet – man wird das nie endgültig entscheiden können.



Karl Carstens, der „wandernde“ Bundespräsident
Foto: ullstein bild

In den Wiedervereinigungsmonaten des Frühjahrs 1990 mahnte Carstens Bundeskanzler Kohl, über den drängenden Fragen der nationalen Politik die Forcierung der europäischen Einigung nicht aus dem Auge zu verlieren. Deutschland müsse vertrauenswürdiger und berechenbarer Partner auf der europäischen Bühne bleiben, es dürfe sich nicht wieder zu nationaler Großmannsucht und pseudomachiavellistischer Machtpolitik zwischen den europäischen Flügelmächten hinreißen lassen.

Auch hier sprach der erfahrene politische Planer der fünfziger und sechziger Jahre.

Karl Carstens war kein Churchill, Adenauer, de Gaulle, auch kein Willy Brandt oder Helmut Kohl. Er gehörte zu den Bewegern aus der zweiten Linie, die nicht die ganz großen neuen Wendungen anstoßen, die das Ganze aber zusammenhalten. Insofern lohnt die Historiografie über ihn, könnte auch im konkreten Falle die Arbeit von Tim Szatkowski mitunter in der Schilderung der Abläufe dramaturgisch packender wie in den Reflexionen dichter sein. Aber gleichwohl ist es ein lohnendes Buch über einen wichtigen Menschen. Karl Carstens starb am 30. Mai 1992 in Meckenheim bei Bonn.

Dr. Peter März leitet die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Fußnoten

¹Der Beitrag stellt wesentlich eine kritische Rezension zu Tim Szatkowski: Karl Carstens. Eine politische Biographie, Verlag Böhlau, Köln/Weimar/ Wien 2007, 39,90 E, dar.

²Arnulf Baring: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, München, Wien 1969, TB-Ausgabe München 1971, Bd. I, S. 50.

³Vgl. in diesem Sinn die Beiträge in Klaus Gotto (Hg.): Der Staatssekretär Adenauers, Stuttgart 1980.

⁴Grewe ist der eigentliche Erfinder der Hallstein-Doktrin von 1955: Deren Kern ist die Bewertung einer Anerkennung der DDR durch Drittstaaten als unfreundlicher Akt mit Konsequenzen, in der Regel Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Vgl. Werner Kilian: Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien, Berlin 2001, und autobiografisch Wilhelm G. Grewe: Rückblenden 1976 – 1951, Frankfurt a. Main/Berlin/Wien 1979, S. 251 ff.

⁵Vgl. Birgit Ramscheid: Herbert Blankenhorn (1904 – 1991). Adenauers außenpolitischer Berater, Düsseldorf 2006.

Dazu die Erinnerungen Herbert Blankenhorn: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 - 1979, Frankfurt a. Main/ Berlin/ Wien 1980.

⁶Ramscheid (wie Anm. 5), S. 75.

⁷Philipp Gassert: Kurt Georg Kiesinger 1994 – 1998. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006.

⁸Torsten Oppelland: Gerhard Schröder (1910 – 1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession, Düsseldorf 2002.

⁹Petra Weber: Carlo Schmid 1896 – 1979. Eine Biografie, S. 511 ff.

¹⁰Vgl. Karl-Ludwig Sommer: Wilhelm Kaisen. Eine politische Biografie, Bonn 2000.

¹¹Auch Willy Brandt, junger Abgeordneter im Bundestag, stand dieser Linie, wie viele andere, darunter insbesondere Ernst Reuter, letzterer als Regierender Bürgermeister in Berlin ganz auf die Unterstützung der USA angewiesen, und wohl auch Carlo Schmid, eher distanziert gegenüber; sie alle konnten sich gegen den Parteiapparat aber nicht durchsetzen. Vgl. grundsätzlich Peter Merseburger: Willy Brandt 1913 – 1992. Visionär und Realist, Stuttgart, München 2002, und insbesondere Wolfgang Schmidt: Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948 – 1963, Wiesbaden 2001, S. 80 ff., hier das Kapitel „Die fortschreitende Distanzierung Ernst Reuters und Willy Brandts von Kurt Schumacher in der Deutschland- und Europapolitik 1948/49.“

¹²Vgl. auch Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Staatsmann: 1952 – 1967, Stuttgart 1991, S. 311.

¹³Zu den deutsch-französischen Beziehungen in dieser Phase Ulrich Lappenküper: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949 – 1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „entente elementaire“, Band II: 1958 – 1963, München 2001.

¹⁴Vgl. Niels Hansen: Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion. Düsseldorf 2002, S. 755 ff.

¹⁵Zu den Abläufen Gassert (wie Anm. 7), S. 495 ff. Oppelland (wie Anm. 8), S. 677 ff. Dirk Kroegel: Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 19 ff.

¹⁶Zit. nach Werner Link: Die Entstehung des Moskauer Vertrages, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 49. Jg. (2001), S. 295 – 315, hier: S. 299.

¹⁷Egon Bahr traf sich mit Teilen der Führung der KPI bei einem Weißwurstessen im Münchner Bayerischen Hof am 31. Januar 1968. Geheimhaltung an diesem Ort, wenige Kilometer Luftlinie von der CSU-Landesleitung entfernt, konnte wohl gar nicht beabsichtigt sein. Vgl. zu dieser Kommunikation im Einzelnen Gassert (wie Anm. 7), S. 595 ff.

¹⁸Vgl. dazu jetzt die Schilderung bei Torben Lütjen: Karl Schiller (1911 – 1994). „Superminister“ Willy Brandts, Bonn 2007, S. 340 ff.

¹⁹Vgl. Andreas Grau: Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969 – 1973, Düsseldorf 2005, S. 481.

²⁰Szatkowski (wie Anm. 1), S. 222 f.

²¹So hat der langjährige Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, evangelisch-nationales Urgestein der Union und Mitbeteiligter am fehlgeschlagenen Staatsstreichversuch vom 20. Juli 1944 gegen die NS-Despotie, dem Autor dieses Beitrages bei einem Interview zu Beginn der achtziger Jahre mit großer Emphase auseinandergesetzt, er habe damals Franz Josef Strauß beschworen, die Bayern dürften sich dieser nationalen Verpflichtung nicht entziehen.

²²Vgl. die Schilderung bei Dieter Blumenwitz: Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, in: Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945 – 1995, hg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1995, S. 333 – 365. Hier S. 346 f. Das Abstimmungsverhältnis in der Staatsregierung lautete 8 : 6 für die Klage. Mit einem Pathos, das dem Autor allerdings legitim anmutet, fasste Ministerpräsident Goppel die Begründung im Hauptsacheverfahren so zusammen: „Die deutsche Nation, die im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation ihren Ursprung hat, und mit ihrem wechselvollen Schicksal das bewegende Element unserer neueren Geschichte ist, ist ein so hohes Gut, dass jede staatliche Gewalt an ihren Handlungen zur Erhaltung dieses Gutes gemessen wird.“

²³Was eine Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß für die Bundestagswahl von 1976 anbelangte, hatte die CSU tatsächlichen Verzicht in einer gemeinsamen Erklärung der Präsidents beider Schwesterparteien von Ende Juni 1975 geleistet, die an doppelbödigem Delikatessen nichts zu wünschen übrig lässt: „Die CDU hat Helmut Kohl als Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers vorgeschlagen. Die CSU hat davon Kenntnis genommen, dass die CDU als die größere Partei den Anspruch erhebt, den Kanzlerkandidaten zu stellen. Die CSU hält an ihrer Bewertung fest, dass ihr Vorsitzender der geeignete Kandidat ist.“ Zit. nach Klaus Dreher: Helmut Kohl. Leben mit Macht, Stuttgart 1998, S. 177.

²⁴Helmut Kohl hatte sich am 1. Dezember 1976 mit 184 von 189 Stimmen zunächst nur zum Fraktionsvorsitzenden der CDU wählen lassen, obwohl die Verständigung mit der CSU bereits absehbar war. Aber so sollte zusätzlich Druck auf die Schwesterpartei aufgebaut werden. Am 12. Dezember erfolgte die offizielle Einigung beider Parteien, einen Tag später kamen deren Abgeordnete wieder zusammen; allgemein wurde nach dem Zeugnis Friedrich

Zimmermanns so getan, als sei nie etwas gewesen, und Helmut Kohl wurde erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, jetzt mit 230 von 241 Stimmen aus beiden Parteien. Vgl. die Schilderung bei Dreher (wie Anm. 23), S. 196 f. Vgl. auch die immer noch unmittelbare persönliche Betroffenheit verratende Schilderung von Helmut Kohl: *Erinnerungen 1930 – 1982*, München 2004, S. 419 ff, beginnend mit dem Kreuther Trennungsbeschluss der CSU-Landesgruppe vom 19. November 1976, S. 437: „Um 19.07 Uhr (13. Dezember 1976, P.M.) eröffnete Karl Carstens dann die langersehnte erste Sitzung in der gemeinsamen CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Endlich saßen die 243 Mitglieder in einem Raum zusammen [...]. Einziger Punkt der Tagesordnung: Wahl des Fraktionsvorsitzenden für die Dauer der Legislaturperiode. Karl Carstens leitete souverän die Versammlung und schlug mich als einzigen Bewerber vor. [...] Meine Freude über das außerordentlich gute Abstimmungsverhältnis hielt sich nach den quälenden, nervenaufreibenden und demütigenden Wochen, die dieser Sitzung vorausgegangen waren, in Grenzen [...]. Als erste Amtshandlung in der Fraktion schlug ich meinen Vorgänger Karl Carstens für das Amt des Bundestagspräsidenten [...] vor.“

²⁵Zit. nach Szatkowski (wie Anm. 1), S. 309.

²⁶Angaben nach Gassert (wie Anm. 7), S. 530 f.

²⁷Vgl. *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. I-V, hg. von Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Joachim C. Fest, Eberhard Jäckel, Stuttgart 1981 – 1987, also erschienen im letzten Jahrzehnt der alten Bundesrepublik.

²⁸Vgl. Andreas Wirsching: *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982 – 1990*. S. 484 ff.

²⁹Vgl. zu den einschlägigen Diskussionsständen Florian Roth: *Die Idee der Nation im politischen Diskurs. Die Bundesrepublik Deutschland zwischen neuer Ostpolitik und Wiedervereinigung (1969 – 1990)*, Baden-Baden 1995, S. 194 ff. Sören Roos: *Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in der deutschen Kritik zwischen 1982 und 1989*, Berlin 1996. Deutlich ist, dass im Unionslager eher von einer Europäisierung der deutschen Frage ausgegangen wurde, etwa von Werner Weidenfeld, mitunter in Form der Erwartung, auch zwei deutsche Staaten innerhalb der europäischen Integration könnten als zeitgemäße Lösung des Wiedervereinigungspostulates erscheinen. Wie die DDR sich dabei ökonomisch behaupten könnte, wurde in solchen Szenarien eigentlich nie thematisiert. Für das SPD-nahe Lager galt vielfach die Fokussierung auf eine von beiden deutschen Staaten in ihren jeweiligen Lagern zu leistende, übergreifende Sicherheits- und ‚Friedenspolitik‘. Vgl. dazu Frank Fischer: *„Im deutschen Interesse“*. Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989, Husum 2001, S. 117 ff. Daniel Friedrich Sturm: *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90*, Bonn 2006, S. 55 ff.

³⁰Szatkowski (wie Anm. 1), S. 338.

³¹Deutlich sind die Parallelen zu den Abläufen im Jahr 2005. Die anderen Abstimmungen über Vertrauensfragen in der Geschichte der Bundesrepublik bleiben hier außer Betracht. Nach der Niederlage der SPD bei der Landtagswahl am 22. Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder baldige Neuwahlen des Bundestages in Aussicht gestellt, und war nach demselben Muster wie Helmut Kohl 1982 vorgegangen. Schröder stellte am 1. Juli 2005 die Vertrauensfrage, am 21. Juli verkündete Bundespräsident Horst Köhler die Auflösung des Bundestages, das wieder angerufene Bundesverfassungsgericht entschied am 25. August im Sinne des Bundespräsidenten und in erkennbarer Anlehnung an die Entscheidung aus dem Jahr 1983. Im Ergebnis scheint sich eine Entwicklung zu verfestigen, die eine vom Kanzler initiierte Auflösung des Parlaments in der Verfassungspraxis außerordentlich erleichtert. Vgl. Heinrich Pehle: *Verfassungspraxis im Zwielficht? Die Problematik „unechter Vertrauensfragen“ und „vorgezogene Bundestagswahlen“* in: *Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen – Ergebnisse – Folgen*, hg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, D 69, München 2006, S. 177 ff.